



T-MOBILE AUSTRIA GMBH

A-1030 Wien, Rennweg 97-99

Rundfunk und Telekom Regulierungs – GmbH (RTR)

Mariahilferstrasse 77-79

1060 Wien

per E-Mail: konsultationen@rtr.at

Wien, 23.11.2023

Stellungnahme zum RTR Budget 2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

die T-Mobile Austria GmbH („Magenta Telekom“) bedankt sich für die Möglichkeit zum RTR Budget 2023 Stellung nehmen zu dürfen und erlaubt sich die folgenden Punkte anzumerken:

Allgemeine Anmerkungen

Das kommende Jahr wird sehr wahrscheinlich von multiplen Krisen gekennzeichnet sein, die ein schwieriges wirtschaftliches Umfeld für die gesamte Telekommunikations- und Medienbranche kreieren. Der Ukraine Krieg, die Energiekrise, hohe Teuerungsraten und angespannte Lieferketten werden im besten Fall zu einer wirtschaftlichen Stagnation, im schlimmsten Fall zu einer Rezession führen. Dementsprechend ist von rückläufigen Umsätzen und einer herausfordernden Situation für alle Marktteilnehmer auszugehen. Führende Wirtschaftsforscher gehen für 2023 von einer Stagflation aus, d.h. von de facto keinem wirtschaftlichen Wachstum bei gleichzeitig hohen Teuerungsraten. Sowohl IHS als auch WIFO gehen von 0,3 % bzw. 0,2 % Wirtschaftswachstum aus und einer Inflationsrate von 6,8 % bzw. 6,5 %.

Die massive konjunkturelle Eintrübung hat zur Folge, dass private Unternehmen besonders umsichtig und wirtschaftlich bei der Budgetplanung für 2023 agieren müssen. Dasselbe sollte auch für die RTR Budgetplanung gelten, was aus unserer Sicht einen besonderen Schwerpunkt bei der Budgeterstellung auf Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit indizieren würde. Insbesondere sollte die RTR in einem wirtschaftlich so

fordernden Jahr wie 2023 keine zusätzlichen Aufwände verursachen, die sich negativ auf das Budget der regulierten Unternehmen auswirken. Das Ziel sollte eine Reduktion der Ausgaben sein, um die über den Finanzierungsbeitrag zu deckenden Aufwände zumindest konstant zu halten. Dieses Ziel wurde mit dem vorliegenden Entwurf klar verfehlt.

Wir ersuchen beide Fachbereiche die Ausgabenstruktur eingehend zu analysieren, um Einsparungspotenziale zu identifizieren und den durch den Finanzierungsbeitrag zu deckenden Aufwand zu reduzieren. Steigerungen der Finanzierungsbeiträge, die deutlich über der zu erwartenden Inflationsrate für 2023 liegen, sind aus Sicht von Magenta Telekom vor dem Hintergrund der eingangs geschilderter wirtschaftlicher Entwicklung sachlich nicht gerechtfertigt. Dementsprechend sollte der vorliegende Entwurf überarbeitet werden und Kostensteigerungen nur im moderaten Ausmaß stattfinden.

Ausführungen zum Budget des Fachbereichs Medien

- Eine Steigerung der über den Finanzierungsbeitrag zu deckenden Aufwände von fast 20 % ist der höchste Anstieg der letzten Jahre und liegt deutlich über der zu erwartenden Teuerungsrate von ca. 6,5 % für das kommende Jahr. Der massive Anstieg der Finanzierungsbeiträge erfordert aus unserer Sicht eine besondere Begründung und außerordentliche Umstände, die als Rechtfertigung dafür dienen könnten. Der vorliegende Entwurf lässt eine solche Begründung oder Darlegung außerordentlicher Umstände vermissen. Es kann anhand der Ausführungen im Entwurf nicht nachvollzogen werden, warum eine solche Steigerung der Kosten erforderlich ist und warum dem gesetzlich verankerten Sparsamkeits- und Wirtschaftlichkeitsgebot nicht Rechnung getragen werden kann.
- Zusätzliche Aufgaben für den Fachbereich Medien, die im öffentlichen Interesse liegen und neu entstehen, müssen von der öffentlichen Hand getragen werden und dürfen nicht der Sektor-Finanzierung überantwortet werden. Die Aufschlüsselung der Ausgaben ist jedoch nicht granular und transparent genug, um nachzuvollziehen zu können, welche Aufwände für welche Aufgaben vorgesehen sind und ob diese im öffentlichen Interesse liegen.
- Eine Steigerung des Personalaufwands von 8 % kann nicht nachvollzogen werden. Welche zusätzlichen Aufgaben sind konkret hinzugekommen, die eine solche Steigerung rechtfertigen können? Hier wäre eine genaue Aufschlüsselung notwendig, die darlegt, warum mehr Personal benötigt wird. Im Konsultationsdokument selbst ist nur vage von „Erfahrungen des laufenden Jahres“ die Rede, welche die Steigerung begründen. Eine seriöse Analyse des Bedarfs an zusätzlichem Personal ist der interessierten Öffentlichkeit auf Basis dieser Informationen nicht möglich.


Ausführungen zum Budget des Fachbereichs Telekommunikation und Post

- Die gesamte TK Branche muss in den kommenden Jahren hohe Investitionen tätigen, um die ambitionierten Ziele der Breitbandstrategie 2030 zu erreichen und um den Glasfaserausbau in Österreich zu beschleunigen. Darüber hinaus sind für das Jahr 2023 wirtschaftlich sehr schwierige Umstände zu erwarten. Vor diesem Hintergrund wäre eine moderate Erhöhung des Budgets für die Telekom Regulierung angebracht. Im scharfen Kontrast dazu steht die geplante Erhöhung von 12,62 % der Finanzierungsbeiträge, die alle TK Unternehmen unmittelbar treffen wird.
- Es ist geplant, den Personalaufwand um 5 % zu erhöhen, da zusätzliche Tätigkeiten hinzugekommen seien. Im Entwurf wird auf neue Aufgaben verwiesen, die ab 2023 wahrgenommen werden müssen. Dies ist nicht schlüssig, da das TKG 2021 am 1. November 2021 In Kraft getreten ist und seither keine neuen Kompetenzen für die RTR bzw. TKK geschaffen wurden. Bereits die Erhöhung letztes Jahr wurde u.a. mit den neuen Aufgaben des TKG 2021 gerechtfertigt. Da der Personalaufwand die größte Budgetposition darstellt, wäre eine ausführliche Begründung für zusätzlichen Personalbedarf angezeigt.
- Auffallend in der Gesamtbetrachtung des Entwurfs ist der Umstand, dass fast alle Budgetpositionen eine reale Erhöhung erfahren, d.h. die Ausgabensteigerung liegt zum Teil deutlich über der prognostizierten Inflationsrate von ca. 6,5 %. Dies führt im Ergebnis zu einer substantiellen realen Erhöhung des Gesamtbudgets.
- Eine inflationsbereinigte Betrachtung der Budgetentwicklung der letzten Jahre lässt eine deutliche Ausweitung erkennen, die mit dem Grundsatz der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit nur schwer in Einklang zu bringen ist. Seit 2018 fiel eine Teuerungsrate von ca. 18 % an. Der über den Finanzierungsbeitrag zu deckende Aufwand erhöhte sich jedoch um 40 %¹. Es fand somit eine reale Steigerung von ca. 22 % statt, ausgehend von einem ohnehin hohen Niveau. Auch wenn neue Regulierungsaufgaben in diesem Zeitraum hinzugekommen sind, muss diesen ein Wegfall zahlreicher arbeitsintensiver Regulierungsaufgaben (z.B.: Deregulierung aller Märkte bis auf M 1.5/20; deutliche Reduzierung der Streitschlichtungsfälle) gegenübergestellt werden.
- Der interessierten Öffentlichkeit ist eine vertiefte Analyse hinsichtlich eines effizienten Ressourceneinsatzes auf Basis des veröffentlichten Dokuments nicht möglich, da die Aufgliederung der verwendeten Mittel für die einzelnen Aufgabenbereiche nichts über die konkreten Tätigkeiten in diesem Bereich verrät. Es sollte zumindest eine überblicksartige Aufzählung der wichtigsten Tätigkeiten für die einzelnen Bereiche hinzugefügt werden, um ein gewisses Maß an Nachvollziehbarkeit zu gewährleisten.

¹ Vergleich Ist Aufwand 2018 vs. budgetierter Aufwand für 2023

Wir ersuchen die vorgebrachten Kritikpunkte bei der Erstellung des finalen Budgets zu berücksichtigen und Kosteneinsparungen vorzunehmen, die zu einer Reduktion der Steigerung der Finanzierungsbeiträge führt.

Für Rückfragen stehen wir jederzeit zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüßen,

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized 'R' followed by a smaller 'D' and a long horizontal stroke extending to the right.

Rodrigo Diehl

CEO T-Mobile Austria GmbH